

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 26.07.2018

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 26.07.2018
Beginn:	18:45 Uhr
Ende	20:23 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Thomas Steinruck

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Hans Schardt

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

fraktionslos

Stadträtin Andrea Schmidt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stabsstelle Claudia Biebl

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Stadtplaner Torsten Fischer

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Marstaller

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadträtin Jutta Wallrapp

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dietrich Hermann

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der TOP 7 „Florian-Geyer-Halle – Ertüchtigung zur Sporthalle mit Versammlungsstätte“ von der Tagesordnung genommen werde und gemeinsam mit dem Antrag der CSU „Veranstaltungshalle Connekt“ in der Stadtratssitzung am 02.10.2018 behandelt werde.

Darüber hinaus könne der Beschluss bei TOP 3.1 „Neubau einer Zweifeldschulsporthalle mit offenem Ganztagsbereich und einer Parkgarage; Auftragserhöhung Abbruch- und Erdbauarbeiten“ nicht gefasst werden könne, nachdem die Verwaltung hierzu noch einen Prüfungsauftrag erhalten habe.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 12.06.18

beschlossen dafür 25 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 12.06.2018 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

**2. Bestellung von Frau Christina Thiele zur Standesbeamtin
Vorlage: 2018/161**

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/161 wird Kenntnis genommen.
2. Gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AVPStG) wird

F r a u C h r i s t i n a T h i e l e

zur Standesbeamtin für den Standesamtsbezirk Kitzingen bestellt.

Nach § 2 des Personenstandsgesetzes (PStG) umfasst der Aufgabenbereich alle Beurkundungen und Beglaubigungen für Zwecke des Personenstandswesens. Gleiches gilt für die Ausstellung von Personenstandsurkunden und sonstigen öffentlichen Urkunden.

Nach § 3 AVPStG kann die Bestellung jederzeit schriftlich widerrufen werden und erlischt spätestens, wenn die Standesbeamtin aus dem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zu ihrem Dienstherrn ausscheidet.

3. Auftragsvergaben

**3.1. Neubau einer Zweifeldschulsporthalle mit offenem Ganztagsbereich und einer
Parkgarage
Auftragserhöhung Abbruch- und Erdarbeiten
Vorlage: 2018/189**

abgesetzt

Der Tagesordnungspunkt wird zur Klärung der im nichtöffentlichen Teil aufgeworfenen Fragestellung von der Tagesordnung abgesetzt.

**3.2. Notwohngebiet
Konzept zur Neustrukturierung
Auftragsvergabe
Vorlage: 2018/192**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag Nr. 2018/192 und auf die vorherige nichtöffentliche Beratung.

Stadträtin Schmidt freut sich, dass mit der Beschlussfassung des Konzepts sowie der Sofortmaßnahme (TOP 4) für das Notwohngebiet einer der ersten Belange aus dem Handlungskonzept der Sozialen Stadt, welches vor 10 Jahren beschlossen wurde, nun umgesetzt werde.

Ihrer Auffassung nach sollte nicht der Verwaltungsvorschlag (Büro DSK) zur Abstimmung gebracht werden, nachdem dort keine Bürgerbeteiligung enthalten sei. Sie spricht sich für das Büro Planwerk aus, welches günstiger sei und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort enthalten habe.

Stadtrat Hartmann spricht sich ebenfalls für das Büro Planwerk aus. Er könne sich nicht vorstellen, dass bei einer erheblichen Reduzierung der Leistungen vom Büro DSK, dieses noch mit dem Büro Planwerk vergleichbar sei. Darüber hinaus habe das Büro bereits im Rahmen des Handlungskonzeptes in der Siedlung die Arbeiten durchgeführt.

Stadtrat Moser wird ebenfalls für das Büro Planwerk votieren, nachdem die Vorstellungen und Ideen von Herrn Schramm (Planwerk) im Rahmen der seinerzeitigen Bürgerversammlung (Handlungskonzept Soziale Stadt) sehr beeindruckend waren.

Stadtrat Christof wundert sich, dass das Büro DSK auf zutun der Verwaltung die Bürgerbeteiligung gestrichen habe. Er spricht sich aufgrund der Beteiligung der Bürger für das günstigere und leistungsfähige Büro Planwerk aus. Außerdem wünsche er sich eine Beteiligung des Stadtrates.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass sich das Thema Notwohngebiet aus zwei Teilbereichen zusammensetze (Sofortmaßnahmen und Konzept). Er verweist auf die Arbeitsbeschreibung der Verwaltung, welche sehr konzeptionell sei und als Grundlage für die Angebotserstellung gedient habe. Nach Vorliegen der Angebote wurde die Büros Planwerk bzw. DSK als geeignet angesehen, weshalb mit beiden nochmals ein Abstimmungsgespräch stattfand. Das Büro DSK setzte den Schwerpunkt im Bereich der Beteiligung der unmittelbaren Mieter. Nachdem auch die Eindrücke der Sofortmaßnahmen einfließen sollen, sah die Verwaltung diesen Schwerpunkt nicht, so dass das Büro DSK diesen Bereich nochmals herausgenommen habe. Beim Vergleich beider Büros sehe die Verwaltung die mit Blick auf die Stärken in der Konzepterstellung das Büro DSK vorne. Das Büro Planwerk habe eher die Erfahrungen im Bereich der Umsetzung.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Verwaltungsvorschlages auf Vergabe an das Büro DSK.

abgelehnt **dafür 10 dagegen 15**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/192 wird Kenntnis genommen.
2. Die DSK (Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG) wird auf der Grundlage der Interessenbekundung mit der Erstellung des o.g. Konzeptes entsprechend Aufgabenstellung beauftragt.

beschlossen **dafür 19 dagegen 6**

3. Vom Sachvortrag Nr. 2018/192 wird Kenntnis genommen.
4. Das Büro Planwerk wird auf der Grundlage der Interessenbekundung (Anlage 6 dieser Sitzungsvorlage) mit der Erstellung des o.g. Konzeptes entsprechend Aufgabenstellung (Anlage 2 der Sitzungsvorlage) vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung von Unterfranken beauftragt.

3.3. Umbau und Erweiterung Grund- und Mittelschule Kitzingen Siedlung, 2. Bauabschnitt, Sporthalle

Hier: Auftragsvergabe nach VOB/A-EU für Rohbauarbeiten

Vorlage: 2018/212

Stadtrat Rank ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.

beschlossen dafür 22 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag 2018/212 wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Rohbauarbeiten an der Grund- und Mittelschule Siedlung, 2. Bauabschnitt, Sporthalle, wird an die Firma mit dem wirtschaftlichsten Angebot vergeben.
Das uns vorliegende ungeprüfte wirtschaftliche Angebot der Firma Bömmel Bau GmbH, 97720 Nüdlingen, beträgt 574.252,53 € brutto.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt im Zuge der Dringlichkeit die Rohbauarbeiten zu beauftragen.

4. Notwohngebiet Kitzingen; hier: städtischer Zuschuss für die Sofortmaßnahme "Soziale Betreuung"

Vorlage: 2018/193

Oberbürgermeister Müller stellt eingangs dar, dass der Landkreis Kitzingen ebenfalls einen Zuschuss in Höhe von je 30.000,00 € für zwei Jahre beschlossen habe.

Oberrechtsrätin Schmöger geht auf den Sachverhalt Nr. 2018/193 ein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Glos ist der Auffassung, dass bei den Aufgaben auch der Bereich der Prävention aufgenommen werden sollte.

Bürgermeister Güntner stellt dar, dass im Zusammenhang mit den Sofortmaßnahmen auch eine Zusammenarbeit mit der Aplawia erfolgen könne.

beschlossen dafür 23 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag 2018/193 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, dem gemeinschaftlich von dem Caritasverband für die Diözese Würzburg e. V. und der Diakonie Kitzingen getragenen „Ökumenischen Projekt: Soziale Beratung Notwohnquartier Kitzingen“ einen Zuschuss in Höhe von jährlich 60.000,00 € für insgesamt zwei Jahre zu gewähren.

Grundlage für die Verwendung des Zuschusses ist das Konzept der oben genannten Träger vom 11.07.2018.
3. Die Haushaltsmittel für 2018 werden auf der Haushaltsstelle 0.4351.7039 außerplanmäßig bereitgestellt, die Deckung erfolgt durch Minderausgaben der Haushaltsstelle 0.4351.6556.

**5. Grund- und Mittelschule Kitzingen-Siedlung
hier: Anschaffung Spielgerät und Gestaltung der Außenanlage südlich der
Sporthalle,
Vorlage: 2018/206**

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/206 wird Kenntnis genommen.
2. Das vom Förderverein der Grundschule Kitzingen Siedlung e. V. gewünschte und mit 15.000,00 € bezuschusste Klettergerüst (siehe Anlage 1 der Sitzungsvorlage) wird im Zuge der Außenanlagen für den Hort realisiert.

beschlossen dafür 25 dagegen 0

3. Die Außenfläche des defekten Roten Platzes südlich der neu zu errichtenden Sporthalle wird gemäß des Vorentwurfes (siehe Anlage 2 der Sitzungsvorlage) der Außenanlagenplanung realisiert.
4. Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 545.000,00 € werden im Haushalt 2019 bereitgestellt.

**6. Zuschuss zum Neubau mit Erweiterung um zwei Kinderkrippengruppen des
Kindergartens St. Johannes in der Glauberstraße 30
Vorlage: 2018/199**

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag 2018/199 wird Kenntnis genommen.
2. Der Beschluss des Stadtrates vom 01.12.2016 Nr. 3 wird wie folgt geändert:

Der Kath. Kirchenverwaltung St. Johannes wird zum Neubau und der Erweiterung um zwei Krippengruppen des Kindergartens St. Johannes ein Zuschuss in Höhe von max. 900.000 € zzgl. der Förderung der Regierung von Unterfranken von voraussichtlich 1.913.000 € gewährt.

**7. Florian-Geyer-Halle
Ertüchtigung zur Sporthalle mit Versammlungsstätte
Vorlage: 2018/120**

zurückgestellt

Die Beschlussfassung erfolgt gemeinsam mit dem Antrag der CSU „Veranstaltungshalle Connekt“ in der Stadtratssitzung am 02.10.2018

**8. Bebauungsplan Nr. 32 "Schwarzacher Straße Ost"; hier: 5. Änderung bzw. Erweiterung mit Änderung des Flächennutzungsplans für diesen Bereich
Vorlage: 2018/186**

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2018/186 wird Kenntnis genommen.
2. Die Aufstellung der 5. Bebauungsplanänderung bzw. Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 032 „Schwarzacher Straße Ost“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt. Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert. Maßgebend für die Planänderungen ist der Vorentwurf des Bebauungsplanes mit Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 26.07.2013 und für die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Planzeichnung und Begründung in der Fassung vom 26.07.2013.

**9. Aufhebung des Grundsatzbeschlusses v. 24.10.2017 zum Verkauf des Wohngebäudes "Alte Poststraße 30"
Vorlage: 2018/202**

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/202 wird Kenntnis genommen.
2. Der Grundsatzbeschluss vom 24.10.2017 zum Verkauf des Wohngebäudes „Alte Poststr. 30“ wird aufgehoben.
3. Das Grundstück wird unter Berücksichtigung des Kommunalen Wohnraumförderprogramms - KommWFP entwickelt.

10. Budgetübertrag

**10.1. Budgetabrechnung 2017;
Budget Standesamt - UA 0501
Vorlage: 2018/169**

Ohne Abstimmung

Für das Standesamt ergibt sich im Jahr 2017 ein positiver Übertrag auf 2018 in Höhe von

6.315,- €

**10.2. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017;
Budget Verkehrsüberwachung - UA 1122, UA 6815
Vorlage: 2018/164**

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag Nr. 2018/164 wird Kenntnis genommen.

Die Abrechnung des Budgets Verkehrsüberwachung – UA 1122, UA 6815 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss von 22.953,91 € ab.

Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 16.068,00 €, in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

**10.3. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017;
Budget "Schulischer Sachaufwand" für die D.-Paul-Eber-Mittelschule -UA 2121
Vorlage: 2018/191**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung der Budgets „Schulischer Sachaufwand“ für das Haushaltsjahr 2017 für die D.-Paul-Eber-Mittelschule - UA 2121 – schließt mit einem Überschuss in Höhe von 10.166,28 € ab.

Der Überschuss der D.-Paul-Eber-Mittelschule wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 7.116,00 € in das Haushaltsjahr 2018 übertragen (gem. Abschnitt II, Nr. 5 der Budgetierungsrichtlinien der Stadt Kitzingen).

**10.4. Budgetabrechnung für HHJ.2017, Budget Alte Synagoge - UA 3009
Vorlage: 2018/200**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Alte Synagoge – UA 3009 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Defizit von 11.607,00 € ab.

Das Defizit wird zu 100 % in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

**10.5. Städt. Museum Kitzingen; Budgetabrechnung 2017
Vorlage: 2018/204**

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/204 wird Kenntnis genommen.

2. Das Defizit des UA 3200 – Städtisches Museum in Höhe von 9.356,00 € wird gemäß Budgetierungsrichtlinie auf das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

**10.6. Budgetübertrag von 2017, UA 3400, Heimat- und Kulturpflege
Vorlage: 2018/208**

beschlossen dafür 22 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/208 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den negativen Budgetübertrag in Höhe von 46.039,00 € nicht in das Haushaltsjahr 2018 zu übertragen.

**10.7. Budgetabrechnung für HHJ.2017, Budget Volkshochschule - UA 3501
Vorlage: 2018/201**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Volkshochschule – UA 3501 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss von 3.880,21 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 2.716,00 € in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

Der positive Übertrag wird wie im Vorjahr für den Strukturreformprozess (Kooperation mit der vhs Ochsenfurt) angespart. Die Ausgaben erfolgen in den Jahren 2018 bis 2019.

**10.8. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017;
Gesamtbudget "Sportanlagen" - UA 2141, 5601, 5602, 5603, 5651, 5652
Vorlage: 2018/196**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets „Sportanlagen“ – UA 2141, 5601, 5602, 5603, 5651, 5652 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 25.826,56 € ab.

In Absprache zwischen SG 13 und SG 20 wurde ein Teilverzicht vereinbart, da der volle Übertrag im Haushaltsjahr 2018 nicht benötigt wird.

Der vereinbarte positive Übertrag in Höhe von 16.000,00 € wird in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

**10.9. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017; Budget Gärtnerei - UA 5821
Vorlage: 2018/197**

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/197 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Budgets Gärtnerei – UA 5821 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss von 12.716,45 € ab.

Ein Teil des Überschusses in Höhe von 8.902,00 € wird in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

Die Vorgehensweise entspricht den aktuellen Budgetierungsrichtlinien.

10.10. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017; Gesamtbudget "Straßen, Wege, Plätze"
UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6709, 6751, 6752, 6900, 7850
Vorlage: 2018/172

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/172 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Gesamtbudgets „Straßen, Wege, Plätze“ – UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6709, 6751, 6752, 6900, 7850 für das Haushaltsjahr 2018 schließt mit einer Budgetüberschreitung von 276.179,00 € ab.
3. Der Übertrag in das Haushaltsjahr 2018 ist auf „Null“ zu setzen.

10.11. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017; Gesamtbudget "Abwasserbeseitigung"
UA 7000, 7006, 7146, 7189
Vorlage: 2018/170

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/170 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Gesamtbudgets „Abwasserbeseitigung“ – UA 7000, 7006, 7146, 7189 2017 schließt mit einem zusätzlich erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 46.530,41 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 32.571,00 €, in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.
Die Vorgehensweise entspricht den aktuellen Budgetierungsrichtlinien.

10.12. Budgetabrechnung 2017;
Gesamtbudget "Städtische Friedhöfe - UA 7501 bis UA 7516
Vorlage: 2018/171

Ohne Abstimmung

Für die städtischen Friedhöfe ergibt sich im Jahr 2017 ein negativer Übertrag auf 2018 in Höhe von

35.135,- €

**10.13. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017; Budget Bauhof - UA 7711
Vorlage: 2018/194**

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/194 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Budgets Bauhof – UA 7711 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss von 70.609,95 € ab.

Ein Teil des Überschusses in Höhe von 30.000,00 € wird in das Haushaltsjahr 2018 übertragen. Die Vorgehensweise entspricht den aktuellen Budgetierungsrichtlinien.

**10.14. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2017;
Budget Touristinformation - UA 7901 -
Vorlage: 2018/183**

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag Nr. 2018/183 wird Kenntnis genommen.

Die Abrechnung des Budgets Tourist-Information – UA 7901 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem positiven Übertrag in Höhe von 798 Euro ab, wovon 558 Euro (70%) mit ins Haushaltsjahr 2018 übertragen werden.

**10.15. Budgetübertrag 2017,
hier: Gesamtbudget Sonstige Öffentliche Einrichtungen - UA 7690, 7691, 7692,
7693
Vorlage: 2018/209**

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/209 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den negativen Budgetübertrag in Höhe von 5.658,00 € nicht in das Haushaltsjahr 2018 zu übertragen.

**10.16. Budgetabrechnung 2017;
Budget "Städtischer Waldbesitz" - UA 8551
Vorlage: 2018/184**

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/184 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Budgets „Städtischer Waldbesitz“ – UA 8551 für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 9.248,17 € ab.

Auf einen Übertrag (70 % des Überschusses in Höhe von 6.474,00 €) in das Haushaltsjahr 2018 wird verzichtet.

**10.17. Budgetabrechnung 2017;
Budget "Wohngrundstücke, sonstige bebaute Grundstücke" - UA 8801, UA
8802
Vorlage: 2018/159**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets „Wohngrundstücke, sonstige bebaute Grundstücke“ – UA 8801 und UA 8802 – für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss i. H. v. 79.333,28 € ab.
Dieser Überschuss wird zu 70 v. H., d. h. in der Höhe von 55.533,00 €, in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

**10.18. Budgetabrechnung 2017;
Budget "Sonstiges Allgemeines Grundvermögen" - UA 8891
Vorlage: 2018/182**

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/182 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Budgets „Sonstiges Allgemeines Grundvermögen“ – UA 8891 für das Haushaltsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 10.829,82 € ab.

Auf einen Übertrag (70 % des Überschusses in Höhe von 7.581,00 €) in das Haushaltsjahr 2018 wird verzichtet.

11. Anträge von Fraktionen und Gruppen

**11.1. Antrag der CSU-Fraktion vom 11.06.2018;
Schotterparkplatz Bleichwasen
Vorlage: 2018/195**

zurückgestellt

Auf Hinweis des Antragstellers wird die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018 behandelt.

12. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 26.07.2018.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

13. Sonstiges

13.1. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul LKW-Parksituation am Schotterparkplatz

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf die abgestellten LKW im Bereich des Schotterparkplatzes, für die teilweise schon die Betriebserlaubnis abgelaufen sei und auch Reifen bereits ohne Luft wären. Sie möchte wissen, wie man dem Herr werden könne.

Rechtsdirektorin Schmöger stellt dar, dass Herr Winterstein bereits tätig werde, jedoch dies nicht so einfach sei.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Bauhof, nachdem die LKW entfernt werden können, Parkverbotsbeschilderung samt einer Einfahrtsbeschränkung anbringen werde.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:23 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt